



HESSISCHER LANDTAG

15. 06. 2004

*Zur Behandlung im Plenum
vorgesehen*

**Dringlicher Antrag
der Abg. Fuhrmann, Eckhardt, Dr. Pauly-Bender,
Schäfer-Gümbel, Dr. Spies (SPD) und Fraktion
betreffend "kalte" Kommunalisierung sozialer Leistungen**

Der Landtag wolle beschließen:

1. Der Landtag fordert die Landesregierung auf, im Landtag darzulegen, wie in der Rahmenvereinbarung mit den kommunalen Spitzenverbänden und der Liga der freien Wohlfahrtspflege eine landesweit einheitliche Sozialberichterstattung sichergestellt wird.
2. Der Landtag fordert die Landesregierung auf, landesweite Mindeststandards festzulegen und zu erklären, wie gewährleistet werden soll, dass sie eingehalten werden.
3. Der Landtag kritisiert, dass es in der Frage der fachlichen Ziel- und Qualitätsvereinbarungen offenbar bisher keine Bewegung gibt.
4. Der Landtag rügt, dass die Landesregierung mit den Gebietskörperschaften offenbar Zielvereinbarungen treffen möchte, ohne die jeweiligen Ortsligen zu beteiligen.
5. Der Landtag fordert die Landesregierung auf, sich dafür einzusetzen, dass die Kooperation zwischen den Kommunen und den Wohlfahrtsverbänden zur Verwendung der Mittel zustande kommt, damit die vom Land durchgereichten Mittel in die Sozialplanung einfließen können.

Begründung:

Der bisherige Prozess der Kommunalisierung sozialer Leistungen verläuft als "kalte Kommunalisierung", weil das Land seine Aufgaben nicht mehr wahrnehmen will und sich viele Kommunen gegen genauere und verbindlich definierte fachliche Ziel- und Qualitätsstandards wehren. Es scheint, dass die Chance, durch die Kommunalisierung Mittel für die soziale Infrastruktur gezielter und effizienter einzusetzen zu können, verwirkt wird. Noch immer ist völlig unklar, wie durch vereinbarte Qualitätsstandards die in der Verfassung verankerten gleichen Lebensverhältnisse sichergestellt werden sollen.

Wiesbaden, 15. Juni 2004

Der Fraktionsvorsitzende:
Walter

**Fuhrmann
Eckhardt
Dr. Pauly-Bender
Schäfer-Gümbel
Dr. Spies**